

Lang, Kai-Olaf

**Research Report**

## Auf dem Weg in ein neues Ungarn: Innere und außenpolitische Folgen des Machtwechsels in Budapest

SWP-Aktuell, No. 43/2010

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Lang, Kai-Olaf (2010) : Auf dem Weg in ein neues Ungarn: Innere und außenpolitische Folgen des Machtwechsels in Budapest, SWP-Aktuell, No. 43/2010, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254918>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Auf dem Weg in ein neues Ungarn

Innere und außenpolitische Folgen des Machtwechsels in Budapest

*Kai-Olaf Lang*

Bei den ungarischen Parlamentswahlen im April 2010 fuhr die konservative Fidesz-Partei einen außerordentlichen Sieg ein. Mit einer absoluten Mehrheit der Wählerstimmen konnte die Oppositionsgruppierung mehr als zwei Drittel der Parlamentsmandate erringen. Die Partei des machtbewussten angehenden Ministerpräsidenten Viktor Orbán steht nun vor der Herausforderung, die hohen Erwartungen der Wählerschaft in einem schwierigen wirtschaftlich-sozialen und finanzpolitischen Umfeld zu erfüllen.

Das erklärte Ziel des Wahlsiegers, Ungarn im Innern zu reformieren und wirtschaftlich zu dynamisieren und dadurch auch die außenpolitische Handlungsfähigkeit des Landes zu verbessern, entspricht den Interessen der Partner Ungarns in der Europäischen Union. Eine allzu wachstumsfreundliche Wirtschaftspolitik, Druck seitens der starken rechtsradikalen Opposition Jobbik und ein überideologierter Kurs auf ein »neues Ungarn« könnten aber für gesellschaftliche Spaltungen sorgen und eine langfristige Konsolidierung erschweren. Überdies können intensivere Beziehungen zu den ungarischen Minderheiten Spannungen mit einigen Nachbarländern hervorrufen. Mit Blick auf die EU-Ratspräsidentschaft des Landes in der ersten Hälfte 2011 wäre ein gestärkter deutsch-ungarischer Dialog von Vorteil.

Bei den ungarischen Parlamentswahlen am 11. und 25. April 2010 siegte erwartungsgemäß der konservative Fidesz, während die seit acht Jahren regierende Ungarische Sozialistische Partei (MSZP) eine herbe Niederlage erlitt. Die mehrheitsbildenden Effekte des Wahlsystems übersetzten einen Anteil von knapp 53% der Wählerstimmen, die für den Fidesz (und seinen kleinen christdemokratischen Bündnispartner KDNP) abgegeben wurden, in eine erdrückende Zwei-Drittel-Mehrheit der Parlamentssitze. Die Sozialisten dagegen

kamen auf nur knapp ein Fünftel der Listenstimmen und verloren gegenüber den letzten Wahlen rund 24 Prozentpunkte. Ein beachtliches Ergebnis konnte die rechtsradikale Jobbik-Partei verbuchen, für die ein Sechstel der Wählerschaft votierte. Die eigentliche Überraschung der Wahlen war jedoch die ökologisch-zentristische Gruppierung »Politik kann anders sein« (LMP), die mit über 7% den Einzug in die Volksvertretung schaffte.

## Tabelle

### Ergebnis der ungarischen Parlamentswahlen vom April 2010

Partei	Anzahl der Mandate in Direktwahlkreisen	... aus Regional-listen	... von der Landesliste	Gesamt	Anteil an Parlamentsmandaten	Stimmenanteil (Regional-listen)
FIDESZ-KDNP	172	87	3	262	67,88%	52,73%
Jobbik		26	21	47	12,18%	16,67%
LMP		5	11	16	4,15%	7,48%
MSZP	2	28	29	59	15,28%	19,30%
Sonstige*	2			2	0,52%	3,82%
Summe	176	146	64	386	100,00%	96,18%

\* Davon ein gemeinsamer Abgeordneter der Unternehmerpartei und des FIDESZ-KDNP-Bündnisses.

Quelle: Ungarisches Landeswahlbüro, <www.valasztas.hu>.

Fidesz-MPSZ	Fidesz – Magyar Polgári Szövetség (Fidesz – Ungarischer Bürgerbund)	MDF	Magyar Demokrata Fórum (Ungarisches Demokratisches Forum)
Jobbik	Jobbik Magyarországért mozgalom (Bewegung für ein besseres Ungarn)	MSZP	Magyar Szocialista Párt (Ungarische Sozialistische Partei)
KDNP	Kereszténydemokrata Néppárt (Christlich-DEMOKRATISCHE Volkspartei)	SZDSZ	Szabad Demokraták Szövetsége (Bund der Freien Demokraten)
LMP	Lehet Más a Politika (Politik kann anders sein)		

## Neugestaltung der politischen Landschaft

Dieses Wahlergebnis bringt eine neue Qualität in die politische Landschaft Ungarns. Es markiert nicht zuletzt das vorläufige Ende einer seit vielen Jahren kristallisierenden Bipolarität zwischen einer Fidesz-dominierten Rechten und einer sozialistischen Linken. Nun hat sich der Fidesz als wuchtiger Block etabliert, der rechts von den aufstrebenden Nationalisten der Jobbik und links von der geschwächten MSZP flankiert wird.

Unverkennbar ist, dass die Wahlentscheidung einem expliziten Anti-MSZP-Reflex folgte. Alle drei Gewinner der Wahlen, Fidesz, Jobbik und LMP, sind denn auch in gewisser Weise Protestparteien – wenn gleich mit äußerst unterschiedlicher Stoßrichtung. Während das Hauptaugenmerk der meisten Beobachter dem Triumph des Fidesz und dem Aufstieg der extremen Rechten galt, blieb eine tiefgreifende Umgestaltung im Zentrum der politischen Landschaft eher unterbelichtet. Mit dem Ungarischen Demokratischen Forum (MDF)

und den linksliberalen Freien Demokraten (SZDSZ) sind die beiden bedeutendsten Parteien des ungarischen Systemwechsels und damit die »alte Mitte« der ungarischen Politik verschwunden. Durchsetzen konnte sich indes die LMP, die mit ihrer doppelten Frontstellung gegen die nationale und konservative Rechte und die in der Regierungsarbeit verschlissene MSZP punktete.

In Bezug auf Ungarns Innenpolitik und generell auf das Funktionieren der ungarischen Demokratie stellen sich drei Fragen: Können sich die angeschlagenen Sozialisten, die sich als führende Oppositionspartei verstehen, regenerieren, und wie wird sich ihr Verhältnis zur LMP gestalten? Kann sich die Jobbik festigen? Und – last but not least – wie geht der Fidesz mit seiner außerordentlichen Mehrheit um?

## Ausgelaugte Sozialisten und eine neue Öko-Partei

Die MSZP muss sich nach ihrer verheerenden Niederlage neu formieren. Schmerzlich trafen die Partei nicht nur schwerste Ein-

bußen in der Wählergunst, sondern insbesondere dass sie ihr wenig ambitioniertes Hauptwahlziel verfehlte, nämlich eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Fidesz zu verhindern. Neben einem personellen Neuanfang, der vermutlich mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch den sozialistischen Spitzenkandidaten Attila Mesterházy akzentuiert werden wird, dürfte die MSZP vor allem darauf bedacht sein, ihr Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit zu schärfen. Diese Dimension war in der Vergangenheit verblasst, da sich insbesondere unter dem unpopulären sozialistischen Ex-Premier Ferenc Gyurcsány das Image der MSZP zu dem einer Business-freundlichen, sozialliberalen und überdies korrupten Gruppierung wandelte. Dementsprechend haben traditionelle Wählergruppen in Scharen der Partei den Rücken gekehrt. Unter Rentnern oder Personen mit geringer Formalbildung etwa hatte die MSZP noch 2006 mehr als 50% Zustimmung erfahren, jetzt genießt der Fidesz bei dieser Bevölkerungsgruppe einen Rückhalt von mehr als 60%. Ein solcher Schwenk zurück wird aber nicht einfach, da die Partei ihr reformorientiertes Erbe nicht bruchlos negieren kann. Überdies wird es nicht leicht sein, sich von Ferenc Gyurcsány zu distanzieren, da dieser etwa in der Parlamentsfraktion nach wie vor über beachtlichen Einfluss verfügt und im Extremfall mit der Gründung einer eigenen Partei drohen kann.

Noch unbestimmt ist das Verhältnis zur LMP. Diese scheint um Äquidistanz zum Fidesz und zu den Sozialisten bemüht. Eine übermäßige Nähe zur MSZP würde der Partei jedenfalls den Nimbus des unbelasteten Newcomers nehmen. Folgerichtig hat sie auch in der zweiten Runde der Wahlen das sozialistische Werben um gegenseitige Unterstützung zurückgewiesen. Die LMP wird versuchen, sich nicht als ausschließlich grüne Partei darzustellen, sondern als umsichtige New-Politics-Gruppierung, als Fürsprecherin der Zivilgesellschaft und Bürgerrechtspartei, als Vertreterin eines modernen und kosmopolitischen Ungarns. Auf diese Weise möchte sie sich dauerhaft

und breiter in jenen gesellschaftlichen Segmenten verankern, in denen sie in den letzten Monaten Anklang gefunden hat: in den urbanen, vor allem Budapester Milieus der besser Gebildeten und bei ehemaligen SZDSZ-Wählern.

All diese Faktoren tragen nicht dazu bei, die Durchschlagskraft der gemäßigten Oppositionsparteien zu vergrößern. In der Summe verfügen MSZP und LMP über etwas weniger als ein Fünftel der Parlamentsmandate. Dies bedeutet beispielsweise, dass sie nicht einmal gemeinsam in der Lage sind, die Einrichtung parlamentarischer Untersuchungskommissionen durchzusetzen. Um diese arithmetische Schwäche auszugleichen, ist eine verstärkte Koordination unabdingbar. Genau diese kann aber aufgrund der Interessenunterschiede beider Gruppierungen schnell an Grenzen stoßen.

### **Ungarns radikale Nationalisten: Die Jobbik im Parlament**

Mit der Jobbik ist eine nationalistische, xenophobe und globalisierungsfeindliche Partei im ungarischen Parlament vertreten, und das in beachtlicher Stärke. Jobbiks Popularität resultiert vor allem aus drei Faktoren. Erstens konnte die Partei mit einem aggressiven Ethnonationalismus jene Teile der ungarischen Gesellschaft an sich binden, denen der moderate, »patriotische« Appell des Fidesz nicht ausreichte. Während der Fidesz die Folgen des 1920 geschlossenen Friedensvertrags von Trianon durch Anknüpfung neuer wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Bindungen mit den ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern kompensieren will, ist die Revision der Grenzen ein Ziel, das Jobbik-Politiker offen artikulieren. Zweitens verfügt Jobbik über wichtige Vorfeldorganisationen, die zivilgesellschaftlichen Charakter haben. Auch wenn die Jobbik formelle Bindungen an die mittlerweile aufgelöste Ungarische Garde (bzw. deren Nachfolgeorganisation) gekappt hat, besteht nach wie vor ein enges Verhältnis zu dieser sowie zu anderen nationalistischen Gruppierungen.

Drittens profitierte Jobbik von gesellschaftlichen Problemen. Mit ihrer Roma-feindlichen Rhetorik konnte die Partei in Gebieten mit einem hohen Roma-Anteil besonders gut abschneiden. Erfolgreich war sie auch in den strukturschwachen landwirtschaftlichen oder durch monoindustrielle, kommunistische Hinterlassenschaften geprägten Regionen im Nordosten und Osten des Landes. Die Jobbik ist aber keineswegs nur eine Partei von Transformationsverlierern aus peripheren Regionen. Bildungserferne Schichten sind in der Anhängerschaft eher unterrepräsentiert. Charakteristisch ist der große Zuspruch unter Jungwählern. Fast ein Viertel der 18- bis 29-jährigen Wähler stimmte für die Partei, die bei dieser Altersgruppe den zweiten Rang einnahm. Eine größere Zahl von Jobbik-Wählern hatte 2006 noch für Fidesz (37%) oder für MSZP (21%) votiert.

### **Aufbruch in ein bürgerliches Ungarn?**

Seinen triumphalen Wahlsieg verdankt der Fidesz primär dem Nein zur Sozialistischen Partei. Die MSZP hatte es in acht langen Regierungsjahren nicht verstanden, die Volkswirtschaft des Landes auf ein solides Fundament zu stellen. Reformmaßnahmen kamen zu spät oder waren halbherzig. Die bereits lange vor der internationalen Finanzkrise eingetretene Schieflage des Staatshaushaltes ließ den sozialistischen Regierungen nur die Option einer harten Austeritätspolitik. Angesichts der Verstrickung in zahlreiche Korruptionsaffären und eines veritablen Glaubwürdigkeitsverlusts der linken Führungsequipe – Sinnbild hierfür war die unrühmliche »Lügenrede« des damaligen Premiers Gyurcsány, die im Herbst 2006 bekannt geworden war – hatte sich in der letzten Legislaturperiode schon frühzeitig eine Wechselstimmung breitgemacht.

Viktor Orbán, der energische Fidesz-Vorsitzende und künftige ungarische Regierungschef, hat sich diese Ausgangslage mit seinem offensiven und polarisierenden Poli-

tikstil zunutze gemacht. Dabei spielte das gewandelte Selbstverständnis der Partei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Orbán hat seine politische Formation mehrmals transformiert: Aus einer nonkonformistischen Partei des jugendlichen, antikommunistischen Widerstands machte er zuerst eine nationalliberale Gruppierung, dann eine sozialkonservative, nationalplebejische Bewegung. Der vierte Fidesz, der sich in den letzten Jahren anbahnte und im Urnengang vom April zur Wahl stand, gibt sich als bürgerliche Volkspartei der rechten Mitte, ist aber faktisch ein Sammelbecken unterschiedlicher Interessen und Wählergruppen. Die mit dieser Funktion verbundene Integrationsaufgabe wird durch die Konkurrenz mit der Jobbik nicht leichter, steht der Fidesz doch vor der Aufgabe, den rechten Rand des politischen Spektrums einzubinden, ohne dabei gemäßigte Wählersegmente zu verprellen. Die in den Wahlen manifest gewordene »Fidesz-Koalition« zusammenzuhalten wird ein äußerst schwieriges Unterfangen. Dessen Gelingen ist aber auch eine Voraussetzung dafür, dass die ambitionierte Idee des Aufbaus eines neuen, »bürgerlichen« Ungarns realisiert werden kann.

Selbstgesetztes strategisches Ziel ist es, den Fidesz in den kommenden 15 bis 20 Jahren zum dominanten politischen Bestimmungsfaktor in einem nicht wie bislang »dualen«, sondern »zentralen politischen Kraftfeld« aufzubauen. Dabei wird wohl, wie dies Viktor Orbáns Rhetorik der »Revolution an den Wahlurnen« suggeriert, ein radikaler Bruch mit dem Bisherigen angestrebt – nicht im Sinne eines Aushebelns demokratischer Grundsätze, wie dies alarmistisch Orbáns politische Gegner unterstellen, sondern als Resultat zweier gesellschaftspolitischer Großvorhaben. Erstens soll ein systematischer Elitenwechsel betrieben werden – die Macht exkommunistischer Seilschaften sowie einflussreicher »Oligarchen« soll zurückgedrängt, eine neue bürgerliche Elite etabliert werden. Zweitens will Fidesz eine Art moralische Wende herbeiführen,

die das Erbe der bis jetzt regierenden »neoliberalen Eliten« abstreift und sich an Ungarns nationaler Identität orientiert. Der Weg zu einem »neuen politisch-wirtschaftlichen System« (Viktor Orbán) führt zunächst über eine Reorganisation und Machtfokussierung in der Exekutive, innerhalb derer einige Großministerien entstehen, so etwa eines für »Ressourcen« (Gesundheit, Kultur, Soziales, Bildung, Sport) oder ein weiteres für Wirtschaft und Finanzen. Wichtig ist aus Sicht der Regierungspartei auch, ihre Vormachtstellung bei den Kommunal- und Regionalwahlen im Herbst zu zementieren. Mittelfristig könnten in der Folge grundlegendere Änderungen vollzogen werden, die sich mit der Verfassungsmehrheit des Regierungslagers verwirklichen ließen.

Die zentrale Herausforderung für die Regierung Orbán ist die Meisterung der schwierigen wirtschaftlichen Lage und die Festigung der Staatsfinanzen. Viktor Orbán hat angekündigt, in Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds und der EU (beide hatten Ungarn zusammen mit der Weltbank im Herbst 2008 auf zwei Jahre angelegte Hilfen im Wert von 20 Milliarden Euro gewährt) um Flexibilität nachzusuchen, um so die nur schwer erreichbare Zielmarke eines Haushaltsdefizits von 3,8% anheben zu können. György Matolcsy, der im neuen Kabinett für die Staatsfinanzen zuständig sein wird, sprach in ersten Stellungnahmen von einem Fehlbetrag zwischen 4,5 und 6,5% für das laufende Jahr. Trotz einer teils kämpferischen Wortwahl, der zufolge Ungarn kein »Diktat« internationaler Finanzinstitutionen hinnehmen werde, wird die neue Regierung das Ziel der finanziellen Sanierung wohl nicht aufgeben. In der Partei scheint man sich schon lange vor den Wahlen darauf verständigt zu haben, dass in den ersten beiden Regierungsjahren die volkswirtschaftliche Stabilisierung im Vordergrund stehen muss, bevor eine gestalterische Phase einsetzen kann. Erst zu diesem Zeitpunkt könnten auch teure Programme wie der auf Mittelstandspolitik, Tourismus-

förderung oder Energieeffizienz abzielende Neue Széchenyi-Plan richtig anlaufen. Bei alledem ist man mit der Kursnahme auf den Euro vorsichtig – der angehende Wirtschaftsminister Matolcsy erklärte, man könne wohl nicht vor Ende 2011 ein anzustrebendes Zieldatum für die Übernahme der Gemeinschaftswährung bekanntgeben.

Ungewissheiten könnten sich aber daraus ergeben, dass die Regierungspartei im Zuge einer »smarten Wirtschaftsstimulierung« (György Matolcsy) und um rasch Signale an die Wählerschaft zu senden, zu früh auf Steuersenkungen und andere wachstumsanregende Maßnahmen setzt. Auch wenn die klaren Mehrheitsverhältnisse eine budgetäre Gesundung begünstigen, könnte die Zustimmung für den Fidesz bei fortgesetzter Haushaltsdisziplin rasch bröckeln. In diesem Falle könnten andere Themen stärker betont werden, etwa die Politik gegenüber den ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern.

### **Außen- und europapolitische Folgen**

Außenpolitisch ist von der neuen Regierung Kontinuität mit einigen neuen Akzenten zu erwarten. Für Beständigkeit dürfte nicht zuletzt die Ernennung des erfahrenen János Martonyi zum Außenminister bürgen. Außerdem ist Ungarn angesichts der wirtschaftlichen Malaise gezwungen, sich vor allem mit sich selbst zu beschäftigen. Insofern wird auch die außenpolitische Passivität der Vorgängerregierungen nur schwerlich überwunden werden.

Zu jenen Bereichen, in denen mit gewissen Neuerungen zu rechnen ist, gehört die Mitteleuropapolitik. Insbesondere die Zusammenarbeit in der Visegrád-Gruppe ist eine der Prioritäten des Fidesz. Die Aufwertung der Visegrád-Kooperation könnte aber durch Komplikationen im Verhältnis zur Slowakei erschwert werden. Möglicherweise wird Budapest vor allem den Kontakt zur konservativen Regierung in Warschau suchen, zumal die polnische EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2011 unmittelbar an die ungarische anschließen

wird. Viktor Orbán erklärte zum Beispiel seine Bereitschaft, die von Polen in letzter Zeit erfolgreich betriebene Bildung von Themenkoalitionen der neuen Mitgliedstaaten zu unterstützen. Orbán nannte die Gemeinsame Agrarpolitik, den EU-Haushalt, Lastenteilung in der Klimapolitik oder Energiesicherheit als mögliche Kooperationsfelder. Gerade eine verbesserte Sicherheit bei der Versorgung mit Energieträgern hatte sich der Fidesz seit langem auf seine Fahnen geschrieben. Deswegen wird die Partei die in Ostmittel- und Südosteuropa angestoßenen Projekte zur transnationalen Vernetzung aktiv unterstützen. Mit Blick auf die großen Pipelineprojekte hatte sich seit einiger Zeit abgezeichnet, dass der Fidesz den Widerstand gegen das South-Stream-Projekt aufgibt. Faktisch ist er mittlerweile auf die Linie der Vorgängerregierungen eingeschwenkt. Nun befürwortet Fidesz sowohl die Zusammenarbeit mit Russland in Sachen South Stream als auch die Nabucco-Pipeline. Im politischen Sinne signalisieren Viktor Orbán und seine Partei zwischenzeitlich ebenfalls, dass sie ein pragmatisches Verhältnis zu Russland pflegen wollen – der Fidesz-Chef hatte sich Ende vergangenen Jahres in Sankt Petersburg mit Russlands Regierungschef Putin getroffen und dabei seinen Willen bekundet, die ungarisch-russischen Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen.

Am ehesten ist hinsichtlich der Beziehungen zu den Auslandsungarn mit Neuorientierungen zu rechnen. Die Interessen der ungarischen Minderheiten im Karpatenbecken konsequent zu fördern ist seit langem ein zentrales Anliegen des Fidesz. Die von der Partei anvisierte Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft für Angehörige der ungarischen Minderheiten ist ein rotes Tuch für viele Nachbarstaaten. Allerdings hat der designierte Außenminister János Martonyi angekündigt, es werde dabei ein individualisiertes Verfahren geben. Eine automatisierte Passvergabe an Hunderttausende solle auf diese Weise vermieden werden. Möglicherweise würde der Besitz der Staatsbürgerschaft kein

Stimmrecht für Wahlen in Ungarn verbrieft.

Ungeachtet der Staatsbürgerschaftspolitik könnten Parteien, die ungarische Minderheiten vertreten, in einigen Ländern nun stärker nach Autonomie rufen. Ein besonderes Problem stellt für die Fidesz-Regierung in diesem Kontext die Jobbik dar, die eine eigene Politik gegenüber den Auslandsungarn verfolgen wird. So hat etwa ein Europaabgeordneter der Partei angekündigt, er werde im rumänischen Szeklerland (einer überwiegend von Ungarn bewohnten Region in Ostsiebenbürgen) quasi ein Wahlkreis-Büro eröffnen. Überdies könnten in den ungarischen Siedlungsgebieten veranstaltete Aufmärsche von Jobbik-nahen radikalnationalistischen und großungarischen Organisationen (etwa der Ungarischen Garde oder der »Jugendbewegung der 64 Komitate«) harte Maßnahmen der dortigen Behörden provozieren, auf die wiederum die Fidesz-Regierung umsichtig reagieren müsste.

Gerade im schwierigen slowakisch-ungarischen Verhältnis könnten neue Verwerfungen entstehen. Der Anfang Juni anstehende 90. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags von Trianon etwa könnte mit emotionalen Aufwallungen einhergehen, zumal er in die Endphase des Wahlkampfes in der Slowakei fällt. Auch Viktor Orbáns traditionell kritische Haltung zu den Beneš-Dekreten könnte für neue Friktionen im bilateralen Verhältnis sorgen.

Im ersten Halbjahr 2011 wird Ungarn die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Die Fidesz-Regierung wird daran interessiert sein, nach innen und außen Professionalität und europapolitische Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Das übergeordnete Interesse dürfte darin liegen, eine solide Präsidentschaft abzugeben und größere Ausrutscher zu vermeiden. Angesichts der außenpolitischen Absichten des Fidesz in der Region und im Verhältnis zu den ungarischen Minderheiten ist es vorstellbar, dass der ungarische Ratsvorsitz Themen wie der Donaustategie, dem Erweiterungs- und Stabilisierungsprozess auf dem

Westlichen Balkan oder der Frage der kulturellen Vielfalt besondere Aufmerksamkeit widmen wird. Ebenso wird sich die Regierung in Budapest in diesem Zusammenhang dafür einsetzen, dass Rumänien und Bulgarien im Frühjahr 2011 in die Schengen-Zone aufgenommen werden.

### **Vertiefung des deutsch-ungarischen Dialogs im europapolitischen Kontext**

Deutschlands Interessen im Verhältnis zu Ungarn haben sich auch nach dem Machtwechsel in Budapest nicht geändert. Der Bundesrepublik ist an einem Ungarn gelegen, das sich wirtschaftlich und haushaltspolitisch regeneriert, das konstruktive Beziehungen zu seinen Nachbarländern unterhält und als proaktiver und berechenbarer Partner in der Europa- und Außenpolitik auftritt. Würde Ungarn volkswirtschaftlich stagnieren oder finanzpolitisch unbedacht agieren, richtete sich das Augenmerk der internationalen Finanzmärkte nicht nur auf das Land selbst, sondern möglicherweise auch (wieder) auf andere neue Mitgliedstaaten der EU. Ein mit den Nachbarstaaten in Konflikte geratendes Ungarn würde regional spürbare Spannungen hervorrufen.

Ein intensivierter Dialog könnte dazu beitragen, Felder für eine bilaterale Kooperation zu ermitteln. Darüber hinaus könnte er die neue Regierung in Budapest, die das Gewicht und Ansehen ihres Landes wiederherstellen will, auch an die regionale und gesamteuropäische Verantwortung erinnern. Eine Aufwertung der Kooperation mit Ungarn wäre nicht zuletzt ein wichtiger Akzent für das deutsche Engagement in Ostmitteleuropa – wobei neben den prioritären Beziehungen zu Polen im Sinne eines diversifizierten regionalen Ansatzes außer mit Ungarn weitere Partnerschaften aufgebaut werden sollten.

Deutschlands bilateraler Dialog mit Ungarn, der notwendigerweise in einen EU-Kontext eingebunden ist, könnte folgende Leitlinien berücksichtigen.

▶ Die ungarische EU-Ratspräsidentschaft bzw. die Vorbereitung auf sie bietet Deutschland eine Chance, durch personelle wie inhaltliche Flankierung Kontakte mit der neuen ungarischen Regierung aufzunehmen und zu intensivieren. Parallel zur gemeinsamen Reflexion einzelner Themenfelder sollte die deutsche Seite signalisieren, dass eine Stärkung Ungarns, wie sie der Fidesz anstrebt, auch ein Mehr an europapolitischer und regionaler Verantwortung bedeutet. In diesem Kontext könnte etwa einer europapolitisch wenig gewinnbringenden Kampagne Budapests entgegengetreten werden, die darauf abzielt, die Übergangsfrist für den Landerwerb durch Ausländer zu verlängern (die Frist läuft im Frühjahr 2011 aus).

▶ Grundsätzlich gilt es, die neue ungarische Regierung einzubinden und ihr Engagement einzufordern. Als Reaktion auf die Hervorhebung der mitteleuropäischen Dimension oder der Zusammenarbeit mit den neuen Mitgliedsländern, die in der Fidesz-Führung erwogen wird, sollte ein intensivierter deutsch-ungarischer europapolitischer Dialog offeriert werden. Mit der Etablierung eines solchen Dialogs ließe sich die Blockbildung unter den ostmittel- und südosteuropäischen Mitgliedstaaten aufweichen. Wichtig wäre hierbei vor allem der Kontakt zum künftigen ungarischen »Regierungszentrum«, konkret zu Parteichef und Ministerpräsident Orbán sowie zu seinem unmittelbaren Umfeld in der Partei- und Regierungsspitze – etwa zum neuen Amt des Ministerpräsidenten, dem sogenannten Miniszterelnökség, oder zum stellvertretenden Regierungschef und Fidesz-Strategen Tibor Navracsics, der mit Koordinationsfragen betraut worden ist.

▶ In einem solchen Dialog könnten folgende Themenbereiche behandelt werden.

□ In der Energiepolitik würde eine *deutsch-ungarische Energieplattform* als politische Schnittstelle für Regierungen, Parlamentsvertreter und Selbstverwaltungen sowie als Kontaktbörse für einschlägige Unternehmen dienen. In jährlichen Zusammenkünften könnten deutsche und



ungarische Interessen sowie Möglichkeiten zur Kooperation in den Feldern Energiesicherheit, Energieeffizienz und Klimapolitik ausgelotet werden. Deutschland ließe sich auf diesem Wege auch mittelbar in den Prozess der energiewirtschaftlichen Kooperation zwischen den ostmittel- und südosteuropäischen Ländern einbeziehen, der im Februar 2010 auf einem Energiegipfel in Budapest angestoßen wurde.

- Seit vielen Jahren betrachtet Ungarn den Westlichen Balkan als vorrangiges Terrain seiner außenpolitischen Aktivitäten. In diesem Zusammenhang könnte ein *bilaterales Strategieforum Westlicher Balkan* erwogen werden, an dem politische, zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure aus beiden Ländern teilnehmen würden, die mit der Region vertraut sind. Aus deutscher Sicht könnten dabei insbesondere die Erfahrungen und Lehren aus dem Szeged-Prozess (der nicht zuletzt die kommunale und regionale Selbstverwaltung in Südosteuropa voranbringen sollte) oder aus der Präsenz zahlreicher ungarischer Unternehmen in der Region von Interesse sein.
- Europäische Infrastrukturprojekte, transregionale Verkehrspolitik und der Aufbau neuer Energienetze könnten ebenfalls Gegenstand eines verstärkten deutsch-ungarischen Austauschs sein. Transport und Verkehr dürften Schlüsselkategorien in der geplanten Donaustrategie werden. Ungarn hat etwa gegenüber seinen Nachbarn Serbien und Kroatien die Idee neuer Verkehrs- und Energieverbindungen lanciert. Ein frühzeitiges Eruiieren möglicher Gemeinsamkeiten und strategischer Prioritäten könnte Aufgabe einer *deutsch-ungarischen Arbeitsgruppe Konnektivität* sein, die sich aus Vertretern von Ministerialbürokratien und Experten beider Länder (sowie deutscher Bundesländer) zusammensetzt.

Die bessere Integration von Roma in die Mehrheitsgesellschaft ist eine Herausforderung, der sich die neue ungarische

Regierung stellen will. Deutschland sollte sie in dieser Hinsicht wohlwollend unterstützen. Mit der Thematik befasste Nichtregierungsorganisationen, Regierungsstellen und Selbstverwaltungen aus Deutschland und Ungarn könnten zusammen mit geeigneten Repräsentanten aus Rumänien, der Slowakei oder Tschechien ein *multilaterales Projekt Netzwerk* schaffen. Im Rahmen eines strukturierten Erfahrungsaustauschs und auf Grundlage der nationalen Integrationsprogramme könnte das Netzwerk Fehlstellen ausmachen sowie konkrete Schwerpunktmaßnahmen entwickeln, mit denen sich die staatsbürgerliche und gesellschaftliche Teilhabe von Angehörigen der Roma-Minderheiten verbessern ließe.

### Fazit

Insgesamt werden Erfolg und Nachhaltigkeit der Fidesz-Politik vor allem davon abhängen, ob die Wirtschaft des Landes revitalisiert, die sozial und ideologisch tief zerklüftete ungarische Gesellschaft geeint und die Beziehungen Ungarns zu seinen Nachbarn kooperativ gestaltet werden können. Das Szenario einer solchen Orbánschen Konsolidierung im Innern und im Außenverhältnis ist realistisch, kann aber leicht einer fortgesetzten inneren Polarisierung und Konflikten über die Stellung der ungarischen Minderheit in den angrenzenden Ländern zum Opfer fallen.

Eine zentrale innere Voraussetzung ist dabei, dass die Orbán-Regierung Ungarn nicht nur finanziell und wirtschaftlich instand setzt, sondern auch neue Glaubwürdigkeit gewinnt. Anders ausgedrückt: Sie muss nicht nur das Haushaltsdefizit reduzieren, sondern auch das Defizit an Vertrauen in die politische Führung des Landes. Sollte ihr dies misslingen, dürfte sich insbesondere die Jobbik mit ihrer Radikalität und dem Image des unbelasteten Neuankommings längerfristig als relevanter politischer Akteur etablieren.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010  
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364